

Bundesminister für Wirtschaft und Energie  
Herrn Peter Altmaier, MdB  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
11019 Berlin

**Streitbeitritt der Bundesrepublik Deutschland im Kartell-Verfahren vor dem EuG  
Beitritt zu Gunsten von E.ON und RWE**

23.10.2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister, sehr geehrter Herr Altmaier,

die beiden größten deutschen Energieunternehmen haben 2018 entschieden, den Energiemarkt zwischen sich aufzuteilen, indem RWE der größte Stromerzeuger wird und E.ON den Vertrieb und den Netzbetrieb dominieren soll. Hierdurch erleben wir eine beispiellose Neuordnung des Energiemarkts – zum Nachteil der Kunden und Verbraucher. Gleichzeitig wird das deutsche Erfolgsmodell der dezentralen Daseinsvorsorge mit ihren kommunal geprägten Stadtwerken und regionalen Energieversorgern gefährdet.

Trotz der begründeten Kritik haben die zuständigen Kartellbehörden das Vorhaben unter nur minimalen Auflagen freigegeben. Dies muss gerichtlich überprüft werden, was derzeit geschieht. Die Bundesrepublik Deutschland ist nun – auf Ihre Veranlassung hin – dem Rechtsstreit zu Gunsten von E.ON und RWE beigetreten. Das heißt, Sie streiten künftig an der Seite der zwei marktbeherrschenden Unternehmen und damit gegen einen fairen Wettbewerb.

Das Signal, das Sie damit senden, ist klar: Die Bundesregierung will E.ON und RWE als „nationale Champions“ sehen. Aber mit welcher Begründung und zu welchem Preis? Die Anbietervielfalt in Deutschland wird hintangestellt zu Lasten einer seit Generationen sicheren, dezentralen Energieversorgung – und zu Gunsten der überwiegend ausländischen Investoren von E.ON und RWE.

Wir fordern Sie auf, sich für einen fairen Wettbewerb in der deutschen Energiewirtschaft einzusetzen statt für „nationale Champions“! Setzen Sie sich aktiv für wirksame Auflagen im E.ON-RWE-Deal ein. Beseitigen Sie Wettbewerbshindernisse für mittelständische und kommunale Energieversorgungsunternehmen im Beihilfe-, Vergabe- und Gemeindefortschrittsrecht. Schaffen Sie faire und ausgewogene Regeln für Vergleichsportale sowie die Pflicht, Daten bereitzustellen. Verhindern Sie die Bildung neuer Oligopole, z. B. beim Messstellenbetrieb und bei neuen digitalen Plattformen.

**Dies alles dient dem fairen Wettbewerb, schützt Kunden und Verbraucher und sichert zugleich regionale Wertschöpfung.**

**Die Bürger vor Ort und ihre Kommunen tragen die Hauptlast der Energiewende. Lassen Sie die Wertschöpfung in den Ländern und Kommunen vor Ort. Hier wird die neue Energiewelt aktiv gestaltet und umgesetzt – bitte lassen Sie uns auch weiterhin unseren Beitrag dazu leisten!**

**Mit freundlichen Grüßen**



Roland Warner, Vorsitzender der Geschäftsführung  
eins energie in sachsen GmbH & Co. KG



Dr. Susanna Zapreva, Vorstandsvorsitzende  
energycity AG



Dr. Frank Brinkmann, Geschäftsführer  
EnergieVerbund Dresden GmbH (EVD)



Ursula Gernerer, Geschäftsführerin  
DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH



Carsten Hoffmann, Vorstand  
GGEW Gruppen Gas- u. Elektrizitätswerk Bergstraße AG



Karsten Rogall, Geschäftsführer  
Leipziger Stadtwerke GmbH



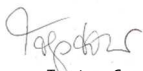
Dr. Constantin H. Alsheimer, Vorstandsvorsitzender  
Mainova AG



Olaf Schneider, Geschäftsführer  
EVH GmbH



Peter Arnold, Geschäftsführer  
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH



Susanne Treptow, Geschäftsführerin  
GWS Stadtwerke Hameln GmbH



Stefan G. Reindl, Sprecher des Vorstands  
Thüringer Energie AG (TEAG)



Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer  
VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e. V.



Dr. Frank Brinkmann, Vorstandsvorsitzender  
ENSO Energie Sachsen Ost AG